

ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Lausch
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Baustelle Jugendstrafvollzug Münnichplatz**

Am 8. November 2025 konnte man in der Tageszeitung „Heute“ Folgendes lesen:

*„Neuer Jugend-Häfn bleibt Baustelle, Volksanwältin tobt
Die Volleröffnung des Jugend-Häfn am Münnichplatz verzögert sich erneut. Die Kritik
an den Zuständen und am Personalmangel wächst weiter.*

*Die vollständige Inbetriebnahme der Jugendstrafanstalt Münnichplatz - jenem
Gefängnis für straffällig gewordene Jugendliche, das durch MMA-Einlagen und
respektloses Verhalten der Insassen Schlagzeilen machte - verzögert sich erneut. „Was
ich befürchtet habe, ist leider eingetreten. Das Justizministerium verschiebt den Start
des Vollbetriebs der Jugendstrafanstalt Münnichplatz schon wieder“, so Volksanwältin
Gaby Schwarz.*

*Zuerst hieß es 2024, dann Anfang 2025, dann Sommer – „die Liste der Vertröstungen
ist lang“, hält die Volksanwältin fest. Auch der zuletzt genannte Termin mit Ende dieses
Jahres hält nicht. Der Vollbetrieb wird im Lauf des ersten Quartals 2026 geplant. „Auch
wenn wir es erwartet haben, bleibt es doch eine Enttäuschung“, so Schwarz.*

*„Die Jugendstrafanstalt Gerasdorf hätte nicht geschlossen werden dürfen, bevor der
Münnichplatz fertig ist“, verweist Gaby Schwarz auf die Ergebnisse des amtswegigen
Prüfverfahrens der Volksanwaltschaft. Die Bedingungen für Jugendliche in der
permanent überfüllten Justizanstalt Josefstadt wurden zuletzt durch die Wiener Kinder-
und Jugendanwaltschaft („Kija“) kritisiert.*

*Demnach wurde im Vorjahr in der Justizanstalt Josefstadt auf einer Abteilung für
Jugendliche das Abendessen bereits um 13.30 Uhr ausgegeben. Insassen dieser
Abteilung konnten auch nur zweimal wöchentlich duschen, da nicht ausreichend
Warmwasser vorhanden war.*

*„Ich appelliere an das zuständige Justizministerium endlich ein realistisches
Projektmanagement einzurichten, damit die Jugendlichen und auch das Personal nicht
ständig falschen Erwartungen ausgesetzt sind“, so die Volksanwältin, die ihre Kritik
durch die Position der Jugendanwaltschaft bestätigt sieht.*

*Auch beim Personal gibt es massive Sorgen. Vertreter der Justizwache und die „Kija“
weisen schon lange auf den massiven Mangel hin. Die Gewerkschaft fordert 300
zusätzliche Planstellen. FPÖ-Mandatar Christian Lausch sprach sogar von 300 bis 400
fehlenden Planstellen.“¹*

¹ <https://www.heute.at/s/jugendstrafanstalt-muennichplatz-eroeffnung-erneut-120142344> (aufgerufen
am 05.12.2025)

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Welche konkreten Gründe führten zur erneuten Verschiebung des Vollbetriebs der Jugendstrafanstalt Münnichplatz?
2. Seit wann wussten Sie von den Problemen, die zur Verzögerung geführt haben?
3. Wer trägt im Ministerium und in der nachgeordneten Verwaltung die operative Verantwortung für das Projektmanagement der Inbetriebnahme?
4. Wie hoch sind die bisherigen Gesamtkosten für die Errichtung und Teilinbetriebnahme der Anstalt?
5. Welche Mehrkosten entstehen durch die wiederholten Verzögerungen?
6. Wurden bereits Rückstellungen für weitere mögliche Verzögerungen gebildet?
7. Haben externe Beratungsfirmen oder Sicherheitsfirmen zusätzliche Honorare aufgrund der Verzögerungen erhalten?
 - a. Wenn ja, welche?
8. Welche Erkenntnisse liegen den zuständigen Verantwortlichen zu den berichteten Vorfällen rund um MMA-Einlagen und respektloses Verhalten der Insassen vor?
9. Wurden diese Vorfälle intern untersucht?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
10. Welche Sicherheitskonzepte waren zum Zeitpunkt der Vorfälle in Kraft und warum haben sie versagt?
11. Wie viele Planstellen sind derzeit unbesetzt und welche Auswirkungen hat dies auf die Vollenbetriebnahme?
12. Ist die derzeitige Personalausstattung für den geplanten Vollbetrieb ausreichend?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
13. Welche zusätzliche Schulung oder Deeskalationstrainings erhalten die Justizwachebediensteten angesichts der bekannt gewordenen Vorfälle?
14. Wann ist nach heutigem Stand mit dem Vollbetrieb zu rechnen?
15. Welche Maßnahmen setzten Sie, um weitere Verzögerungen auszuschließen?
16. Warum wurden Parlament und Öffentlichkeit nicht früher über die drohende Verschiebung informiert?
17. Welche internen Kontrollmechanismen haben versagt, sodass Fehlentwicklungen wie die MMA-Einlagen unentdeckt oder ungeahndet blieben?
18. Welche Maßnahmen wurden seit den Vorfällen gesetzt, um die Einhaltung der Hausordnung sicherzustellen?
19. Wurde eine externe Evaluierung der Anstalt oder des Konzepts für den Jugendstrafvollzug eingeholt?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
20. Welche Programme zur Resozialisierung sind derzeit in Planung und warum wurden diese vor Vollbetrieb noch nicht vollständig implementiert?
21. Wie bewerten Sie die Risiken einer unzureichenden pädagogischen Begleitung für junge Insassen?
22. Wurde ein Risikomanagementplan erstellt?
 - a. Wenn ja, welche Risiken wurden identifiziert?

Klara Bege

[Signature]

Ricarda Bege

[Signature]
[Signature]

